

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/243

Bonn, den 23. Dezember 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	Der Widerspruch unserer Zeit Gedanken zur Umkreisung des Mordes	36
2 - 3	Aktivposten für die Bundesrepublik Deutschland Sudetendeutsche Sozialdemokraten in Kanada Von Dr. Heins Kreuzmann, MdS	84
4 - 5	1969: Neue Sozialistische Partei in Frankreich Mollet, Defferre und Mitterrand verzichten auf Führungsrolle Von Georg Scheuer, Paris	80

Frohes Weihnachtsfest und ein gutes Neues Jahr!

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Der Widerspruch unserer Zeit

Gedanken zum Umkreisung des Mondes

sp - Viele Menschen werden sich in diesen Stunden und Tagen fragen, ob zwischen ihren persönlichen Sorgen und Hoffnungen und dem Griff zum Mond nicht ein unauflösbarer Widerspruch besteht. Wir versuchen auf dieser Erde mühselig, den Frieden zu erhalten, den Hunger von Millionen zu bannen und dem engsten Freundeskreis sowie der Familie etwas Freude zu bereiten. Vieles von dem, was wir hier anstreben, gelingt uns nicht, bleibt unzulänglich und unbefriedigend, auch, wenn wir hier und dort mit einem kleinen Geschenk Freude bereiten können.

In einigen hunderttausend Kilometern Entfernung von uns rasen Menschen wie wir dem Erdrabanten Mond entgegen. Über 20.000 Wissenschaftler und Techniker haben den Flug vorbereitet, der - dem Vernehmen nach - 340 Millionen Dollar, also etwa 1,4 Milliarden DM Kosten soll. Die drei Astronauten in ihrem Raumschiff können unsere Erde sehen; wie ein kleiner Ball bietet sie sich ihnen dar.

Kein jemals ist der Widerspruch unserer Zeit deutlicher geworden als in diesen Tagen.

Bei allem Stolz auf die kühnen und bis vor wenigen Jahren kaum erstrebaren Leistungen von Wissenschaft und Technik ist es doch bezeichnend zu wissen, daß der Mensch dieser Erde unzählige ungelöste Probleme vor sich herschiebt und oft nicht einmal in der Lage ist, in einem Wirkungsbereich dem Fortschritt eine Bahn zu brechen.

Tröstend wird der eine oder andere vielleicht sagen, die Menschheit habe sich seit jeher in einem ständigen Widerspruch befunden.

Die Könige des alten Ägypten bauten zu ihrer Ruhme in den Himmel ragende Pyramiden und ließen hinter sich Tausende geglätteter Arbeitssklaven, denen nichts blieb als der Tod.

Im Mittelalter wurden Dome zu Ehren Gottes errichtet, die heute noch ob ihrer Schönheit bewundert werden. Zu gleicher Zeit aber waren die Menschen, die diese Dome erbauten, Leibeigene ohne Namen, nur dazu bestimmt, ihre Haut zu Markte zu tragen.

Viele unter uns nennen das heute noch "die gute alte Zeit"...

Immer gewaltiger wird der Widerspruch zwischen dem, was die Menschheit leisten könnte, und dem, was sie tatsächlich tut.

Vielleicht denken wir gerade jetzt daran, daß es nicht immer so sein muß - wenn wir nur wollen.

Aktivposten für die Bundesrepublik Deutschland

Sudetendeutsche Sozialdemokraten in Kanada

Von Dr. Heinz Kreutzmann, MdB

Die Auseinandersetzungen um die Bonner Währungskonferenz haben deutlich gemacht, wie dünn und brüchig die Basis des Vertrauens ist, die man uns außerhalb der Grenzen der Bundesrepublik entgegenbringt. Um so wertvoller ist für uns jeder Aktivposten, den wir diesseits und jenseits des Atlantik aufweisen können. Zu diesen Aktivposten gehört ohne Zweifel auch das kleine Häuflein sudetendeutscher Sozialdemokraten in Kanada, das 1969 die Dreißigjahrfeier seiner Ankunft in der neuen Heimat feiert.

Über Kontinente hinweg voneinander getrennt, haben die sudetendeutschen Sozialdemokraten in all den Jahren ihren Zusammenhalt bewahren können und wurden gegenüber den im Lande vorhandenen, vor allem in kanadischen Rechtskreisen stark vertretenen Kräften des Mißtrauens und der Ablehnung der Bundesrepublik, ein nicht zu unterschätzender Widerpart. Diese sudetendeutschen Sozialdemokraten, die als entschiedene Gegner Hitlers und des Nationalsozialismus aus ihrer Heimat verjagt wurden, sind allein durch ihre Existenz eine konstante Widerlegung der von Kräften des kanadischen Rundfunks, Fernsehens, ähnlich wie in manchen Rundfunk- und Fernsehveranstaltungen der USA, propagierten These, alle Deutschen seien "unbelehrbare Nazis und Imperialisten". Man könne ihnen einfach nicht trauen...

Die sudetendeutschen Vertriebenen haben sich zunächst bemüht, ihr eigenes Leben wieder aufzubauen und durch Leistungen zu überzeugen. Heute nehmen sie unter den Deutschen Kanadas eine hochgeachtete Position ein, die darin zum Ausdruck kam, daß einer der ihren, Henry Weisbach, Vorsitzender des Zusammenschlusses aller deutschen Verbände im Lande ist. Mit dem Vorsitzenden der westkanadischen Gruppe sudetendeutscher Sozialdemokraten, Willi Wenka, dem einstigen Leiter des Verbindungsbüros der um einen Ausgleich mit dem tschechischen Lande bemühten (proaktivistischen) Kräfte, haben sie nicht nur wiederholt Bemühungen unternommen, den kanadischen Rundfunk und das kanadische Fernsehen zu einer objektiveren Berichterstattung über die Bundesrepublik zu veranlassen, sie haben auch aktiv gehandelt, wenn Gefahr im Verzuge war.

So erhoben sie nachdrücklichen Protest, als gewisse wenig deutschfreundlich gesonnene Kräfte den NPD-Vorsitzenden von Thadden nach Kanada vor das Fernsehen holten, um mit ihm anti-

deutsche Gefühle zu wecken. Sie wandten sich nachdrücklich gegen alle Versuche Thaddens, Rückhalt bei den Deutsch-Kanadiern zu finden.

Aufmerksam beobachten sie auch die Versuche der DDR, über einen in Vancouver gegründeten Verein "Freunde der DDR", in Kanada Boden zu gewinnen. Wie wir in Gesprächen mit den beiden Exponenten der sudetendeutschen Sozialdemokraten in Kanada, Henry Weißbach und Willi Wanka, bei einem Besuch anlässlich der Bundesversammlung der Seliger-Gemeinde in Bonn-Seuel hören konnten, bereiten ihnen ganz besonders die Nachkriegseinwanderer aus der Bundesrepublik Sorge, die sich für die Propagandabemühungen der DDR stark anfällig zeigten. Erstausen äußerten sie auch darüber, daß die "Freunde der DDR" in der Lage seien, mehrere hauptamtliche Kräfte zu unterhalten, während die seit langer bestehenden deutschen Verbände auf landmannschaftlicher und Volksgruppen-Basis alle Arbeit für ihre Organisation ehrenamtlich leisteten.

Als besonders ersehnlich sehen es die beiden Vertreter der kanadischen Sudetendeutschen an, daß sich noch viele Kanadier, die nach dem Krieg bei kanadischen Truppen in Deutschland geblieben hatten oder in der englischen Militärverwaltung tätig waren, zu den deutschen Verbänden und Organisationen hingezogen fühlen und an ihrem Vereinsleben teilnehmen. Sie seien mit die besten Zeugen für das neue demokratische Deutschland unter ihren Landsleuten.

Eine bessere Hilfe und Unterstützung erwarten die Kanada-Deutschen von den offiziellen Stellen der Bundesrepublik. Hier sei man vielfach entweder zu distanziert oder habe nicht immer das richtige Fingerspitzengefühl, wenn sich auch vieles in den letzten Jahren gebessert habe. Obwohl diese Sudetendeutschen zum größten Teil niemals die deutsche Staatsangehörigkeit besessen haben, tun sie alles, um das demokratische Deutschland in Kanada nach Kräften zu unterstützen und das kulturelle aus der Heimat mitgebrachte Gut zu erhalten. Die kanadische Regierung steht diesen Bemühungen wohlwollend gegenüber.

Bei der Selbstverständlichkeit, mit der die beiden großen Staatsnationen, Engländer und Franzosen, ihre Eigenheiten pflegen, sind die übrigen Bevölkerungsgruppen ein Element, das mit zum Zusammenhalt Kanadas beiträgt. Die sudetendeutschen Sozialdemokraten haben in 30 Jahren bewiesen, daß sie es verstehen, ihre Bindung an die alte Heimat und das eigene Volk, mit unbedingter Loyalität zu Kanada und seinen Menschen zu verbinden. Die kanadische Regierung weiß, daß sie in erster Linie treue Bürger Kanadas sind, des Landes, das ihnen in schwerster Zeit Heimat und Lebensmöglichkeiten geboten hat.

1969: Neue Sozialistische Partei in Frankreich

Mollet, Defferre und Mitterrand verzichten auf Führungsrolle

Von Georg Schauer, Paris

Anstelle der seit 66 Jahren bestehenden Sozialistischen Partei (SFIO) und der vor einigen Jahren gegründeten "Föderation" (Dachorganisation der verschiedenen demokratischen Linksparteien) tritt ab 1969 die neue, vereinte Sozialistisch-demokratische Partei Frankreichs, um deren Gründungen und Organisationsformen während des letzten Wochenendes vor Weihnachten auf dem Parteitag der SFIO im Pariser Vorort Puteaux gerungen wurde. Zum letzten Mal tagte ein SFIO-Kongreß unter dem Vorsitz des Generalsekretärs Guy Mollet, der seit über 20 Jahren sein Amt ausübt und nun ebenso wie Mitterrand und Defferre auf seine Führungsrolle in der neuen Partei verzichtet.

Drei Tendenzen

Drei Tendenzen traten auf diesem Parteitag hervor:

1. Die Mehrheit unter der Führung des Generalsekretärs Guy Mollet hatte sich mit über 1.600 gegen 300 Stimmen bei ungefähr 600 Stimmenteilungen durchzusetzen. Es gelang ihr, die Erneuerung der Sozialistischen Partei gegen zwei extreme Richtungen durchzusetzen; einerseits die dogmatischen Kräfte, die um keinen Preis eine Lockerung der alten Partei wünschen und jeden Zusammenschluß mit anderen Gruppen ablehnen, und andererseits gegen vorwärtstreibende Strömungen, die eine Auflösung und Verschmelzung mit anderen linksdemokratischen Kräften möglichst schnell und durchgreifend realisieren wollen. Man einigte sich nun auf das kommende Frühjahr.

2. Die "radikalen Reformer" unter der Führung des Bürgermeisters von Marseille, Gaston Defferre, wollten schneller und weitergehen. Ihre Forderung: Die neue Partei sollte nicht erst im Mai, sondern schon ab Januar 1969 Wirklichkeit werden. Darüber hinaus verlangten sie "eine neue Führungsmannschaft, einen neuen Stil und ein klares auf die nächste Zukunft gerichtetes Programm". In der Schlußabstimmung haben sich Defferre und seine Freunde der Stimme enthalten. Als treibende Kraft aber haben sie sich weitgehend durchgesetzt.

3. Eine "konservative" Minderheit unter der Leitung des südfranzösischen Abgeordneten Guille und des Nordfranzosen Notchard, ungefähr 12 Prozent der SFIO, stemmt sich gegen alle grundlegenden Änderungen, jeder Zusammenschluß mit anderen Organisationen wird aber abgelehnt. In den Wandelgängen des Partoitages war mehrmals von einer möglichen Abspaltung dieser Fraktion die Rede. Letzten Endes scheinen die "Konservativen" aber entschlossen zu sein, als "disziplinierte Minderheit" in der neuen Partei zu bleiben.

Wichtige Entscheidungen, wie der neue Parteiname - voraussichtlich Sozialistische Partei, ohne jedes weitere Adjektiv - und die Zugehörigkeit zur Sozialistischen Internationale, bleiben dem Gründungsparlament im kommenden Frühjahr vorbehalten. Voraussichtlich wird sich auch dabei Mollets These durchsetzen: Politische und ideologische Grundsatztreue plus weitgehender organisatorischer Demokratie und Meinungsfreiheit.

Gegen neue reaktionäre Verfassungsreformen

In einem "Appell an das französische Volk" erklären sich die Sozialisten gegen die von General de Gaulle für 1969 beabsichtigte neue Verfassungsreform. Abgelehnt werden insbesondere "die Schaffung einer Ständekammer, bekannt aus den totalitären Regimen, verfehlte Regionalisierung, die aus den Präfekten autoritäre Gouverneure macht, die Zentrale stärkt und die Provinzkammern zu bloß beratenden Organen degradiert".

Abgelehnt wird schließlich die geplante "Zerstörung des republikanischen Senats" und insbesondere der Volksentscheid über diese ganze Verfassungsreform, der in dem sozialistischen Appell als "ungesetzliches und antidemokratisches Referendum" bezeichnet wird.

Das Verhältnis zur KPF

Aus den tschechoslowakischen Ereignissen und der Haltung der Kommunistischen Partei zieht die SFIO Schlüsse, denen sich auch die kommende Partei anschließen dürfte. Eine gewisse "Entwicklungsfähigkeit" kommunistischer Parteien wird festgestellt. Wohl versuche die Krenl-Troika diese Entwicklung aufzuhalten, das sei aber auf die Dauer nicht möglich. In langfristiger Perspektive müßten sich Frankreichs Sozialisten die Überwindung der Spaltung zum Ziele setzen. Die Spaltung der Arbeiterbewegung sei in Frankreich Grundlage für das derzeitige Übergewicht reaktionärer Kräfte.

Kurzfristig seien in den Stellungnahmen der KPF zu den Ereignissen in der CSSR und zu einem "französischen Weg zum Sozialismus" gewisse Fortschritte zu verzeichnen, die aber für eine Verständigung mit den demokratischen Sozialisten als unzureichend betrachtet werden.

+ + +